

7 Fragen zur vorgezogenen Bundestagswahl am 23.02.2025

Bald ist es so weit, am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Doch wer steht für was? Und vor allem – wer steht für eine stabile Jugendverbandsarbeit?

Der [Wahl -O-Mat](#) und [real o Mat](#) gibt euch einen umfassenden Überblick zu verschiedensten Themengebieten. Aber wie stehen die Parteien zu den Themen, die euch im SJR wichtig sind? Wir haben für euch nachgefragt.

Der Jugendpolitische Ausschuss hat dazu 7 Fragen erarbeitet. Mit den Antworten auf diese Fragen wollen wir euch einen Einblick geben wie die demokratischen Parteien, die in Mannheim zur Bundestagswahl antreten, zu den für die Jugendverbandsarbeit relevanten Themen stehen.

Folgende Parteien haben unsere Fragen beantwortet:

Grüne, die Linken, SPD, CDU

Von der FDP haben wir leider keine Antwort erhalten, daher haben wir uns an den vergleichbaren Antworten in der Übersicht des Bundesjugendrings orientiert.

Hier findet ihr die Broschüre des DBJR's [„Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 aus Jugendpolitischer Perspektive“](#).

1. Wirksame Beteiligung und eigenständige Jugendpolitik

Wie plant Ihre Partei, Jugendbeteiligung auf Bundesebene gesetzlich zu verankern und an den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung auszurichten?

Antworten

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen haben es geschafft, das Wahlalter bei der Europawahl auf 16 Jahre zu senken, und wir setzen uns dafür ein, dass auch bei den Bundestagswahlen jüngere Menschen ab 16 wählen dürfen. Außerdem planen wir einen „Nationalen Aktionsplan“, der den Ausbau von Jugendparlamenten und Beteiligungsnetzwerken vorantreibt und junge Leute besser über ihre Rechte informiert. Wir wollen auch gemeinsam mit den Trägern klare Standards entwickeln, wie Beteiligung für junge Menschen aussehen soll.

(Quelle: Nina Wellenreuther Bundestagskandidatin)

CDU / CSU

Weitere Gesetze halte ich in diesem Bereich nicht für sinnvoll. Es geht darum, die bestehenden Möglichkeiten mit Leben zu füllen - indem sich z.B. Parteien und Vereine verstärkt um den Dialog mit Jugendlichen bemühen. Die vorhandenen Räte und Institutionen sollten besser eingebunden und beachtet werden. Wir haben in Mannheim mit der dezentralen Beteiligung in den Stadtteilen einen guten Weg eingeschlagen. Wir als Parteien sollten, schauen, mehr junge Menschen für die Politik zu gewinnen und darauf achten das Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen an Entscheidungen beteiligt werden können. Nur so können politische Entscheidungen erfolgreich sein. Das ist für mich gelebte Vielfalt.

(Quelle: Melis Sekmen, Bundestagsabgeordnete)

SPD

Wir als SPD werden starke Kinderrechte im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung sicherzustellen. Ab 16 Jahren sollen junge Menschen mitentscheiden können, deswegen senken wir das aktive Wahlalter. Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in politische Prozesse einbezogen werden, und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen wird künftig gesetzlich verankert. Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen leisten eine wichtige Arbeit. Wir wollen sie weiter unterstützen.

(Quelle: Isabel Cademartori, Bundestagsabgeordnete)

Die Linke

Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16 Jahre.

(Quelle: DBJR)

FDP

Keine Erläuterungen zu Jugendbeteiligung auf Bundesebene, einer guten und eigenständigen Jugendpolitik, der Absenkung des Wahlalters und der Aufnahme der UN-Kinderrechte ins Grundgesetz.

(Quelle: DBJR)

2. Bundeszentrale Träger der Jugendverbandsarbeit stärken

Welche Maßnahmen schlägt ihre Partei vor, um die Jugendverbände auf Bundesebene institutionell bedarfsgerecht, nachhaltig und krisensicher zu finanzieren?

Antworten

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Förderung der Jugendverbände soll stabiler und nachhaltiger werden. Wir setzen uns für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Jugendverbände auf Bundesebene ein, damit sie ihre Arbeit langfristig und krisensicher fortsetzen können.

Förderanträge und Berichtsansforderungen müssen vereinfacht werden, damit Jugendverbände weniger Zeit mit Verwaltung verbringen und sich mehr auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können.

(Quelle: Nina Wellenreuther Bundestagskandidatin)

CDU / CSU

Das kommt auf den einzelnen Verband, seine Aufgaben und seine tatsächliche Arbeit an. Wichtig ist, dass die Personalressourcen und deren Finanzierung frühzeitig in der Haushaltsplanung mitgedacht und gesichert werden.

(Quelle: Melis Sekmen, Bundestagsabgeordnete)

SPD

Die SPD setzt sich dafür ein, die Jugendverbände auf Bundesebene stärker und nachhaltiger mit mehr finanziellen Mitteln zu fördern sowie sie langfristig im Bundeshaushalt zu verankern. Jugendverbände sind essenziell für die demokratische Bildung und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung an die realen Bedürfnisse angepasst wird, insbesondere unter Berücksichtigung steigender Kosten und wachsender Anforderungen an die Jugendarbeit. Wir wollen gezielt Projekte fördern, die auf Nachhaltigkeit und digitale Transformation ausgerichtet sind, um die Jugendverbände zukunftsfähig zu machen. Jugendverbände müssen zudem stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dafür wollen wir institutionalisierte Dialogformate zwischen Jugendverbänden und der Politik schaffen.

(Quelle: Isabel Cademartori, Bundestagsabgeordnete)

Die Linke

Zur Stärkung der Jugend-, Jugendverbands- und Jugendsozialarbeit setzen wir uns für ein Unterstützungs- und Investitionspaket für gemeinnützige Bildungsstätten sowie Kinder- und Jugendübernachtungsstätten.

(Quelle: Bundesgeschäftsstelle Die Linke)

FDP

Keine Erwähnung Kinder- und Jugendplan/ Jugendverbände (Quelle DBJR)

3. Demokratie achten und schützen

Wie will ihre Partei die Demokratie vor Verfassungsfeinden schützen?

Antworten

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir unterstützen ein Verbot der AfD, da sie sich gegen die demokratischen Grundwerte stellt. Wir sind auch dafür, dass Parteien, die diese Werte ablehnen, keine staatliche Parteienfinanzierung bekommen. Um frühzeitig gegen antidemokratische Tendenzen anzugehen, setzen wir uns für mehr Fördermittel für Demokratieförderprojekte ein. Wir müssen außerdem entschlossen gegen Fake News vorgehen und den „Digital Services Act“ konsequent umsetzen.

(Quelle: Nina Wellenreuther Bundestagskandidatin)

CDU / CSU

Entscheidend ist, dass wir in allen gesellschaftlichen Bereichen demokratische Tugenden tatsächlich leben. Es geht nicht um weitere gesetzliche oder institutionelle Vorkehrungen, sondern um Überzeugung. Organisationen, die sich um politische Bildung kümmern, z.B. politische Stiftungen und die Jugendorganisationen der Parteien, sollten bei ihrer demokratischen Überzeugungsarbeit gefördert werden. Wir müssen auch jungen Menschen von Anfang an erklären, wie wichtig die Prinzipien unseres Grundgesetzes sind, indem wir z.B. bereits im Kindergarten den Kindern beizubringen versuchen, dass Toleranz und Meinungsvielfalt für unser Zusammenleben sehr wesentlich sind. Es gibt Kitas, in denen bewusst schon mit Fünfjährigen das Diskutieren geübt wird: eine Position vortragen, eine andere Position anhören, die anderen ausreden lassen, mit Argumenten auf andere eingehen. Solche Ansätze finde ich sehr sinnvoll. Diese Diskussionskultur sollte in Schulen und Vereinen weiter gepflegt werden. Die Parteien, auch meine, müssen weiter daran arbeiten, die Gemeinsamkeit der Demokraten zu betonen. Das bedeutet auch: mehr Achtsamkeit bei den politischen Umgangsformen und Verzicht auf Diffamierung des politischen Gegners.

(Quelle: Melis Sekmen, Bundestagsabgeordnete)

SPD

Die SPD will ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen und zivilgesellschaftliche Initiativen, die durch Programme wie das

Bundesprogramm "Demokratie leben!" gefördert werden, nachhaltig unterstützen. Den ersten Entwurf des Gesetzes haben wir 2023 in den Bundestag bereits eingebracht.

Die SPD fördert Bildungsangebote, die demokratische Werte vermitteln und Menschen befähigen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben. Gerade in Schulen muss Demokratiebildung in allen Bereichen gelebt werden - indem Kinder und Jugendliche alles, was die Schulgemeinschaft, ihre Lernprozesse und Lerninhalte betrifft, aktiv mitgestalten können.

Wir stellen Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus sowie Antisemitismus bereit und unterstützen die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wir als SPD fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das Ermöglichen von kommunalen Entwicklungsbeiräten, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige Entscheidungen erarbeiten. Außerdem wollen Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie etablieren.

Bereits 2024 hat die SPD den Status des Bundesverfassungsgerichts als Verfassungsorgan und seine Organisation im Grundgesetz verankert. Damit schützen wir die grundlegenden Strukturen des Bundesverfassungsgerichts, indem diese nur mit Zweidrittelmehrheit abgeändert werden können. Außerdem haben wir 2023 ein Stiftungsfinanzierungsgesetz auf den Weg gebracht, dass nur die politische Stiftungen finanziert, die für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie für den Gedanken der Völkerverständigung aktiv eintreten.

(Quelle: Isabel Cademartori, Bundestagsabgeordnete)

Die Linke

Kampf gegen Lobbyismus. Die Linke will die Einflussnahme von Großkonzernen auf die Politik eindämmen und wir wollen demokratische Strukturen zu stärken, indem sie etwa die Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung erweitert. Wir fordern, die Bekämpfung von Finanzkriminalität und Steuerflucht konsequent durchzusetzen. Zum Schutz der Demokratie vor Verfassungsfeinden fordern wir außerdem das AFD-Verbotsverfahren, welches wir im Bundestag unterstützen. Autoritäre Polizei- und Versammlungsgesetze, die unsere Demokratie einschränken, müssen abgeschafft werden. Die Vielzahl an neuen Befugnissen für Ermittlungsbehörden sind ein Einfallstor für

sogenanntes „racial profiling“: Wir lehnen es ab, dass äußere Merkmale wie Hautfarbe, vermutete oder tatsächliche Religionszugehörigkeit, Sprache oder Herkunft der betroffenen Menschen, als verdächtig eingestuft und als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen, Ermittlungen und Überwachungen werden. Zentral ist für uns die Bekämpfung sozialer Ursachen wie Armut und Niedriglöhne und die Schaffung sozialer Sicherheit gegen den Aufstieg extremistischer Kräfte.

(Quelle: Bundesgeschäftsstelle Die Linke)

FDP

„Eine freiheitliche Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie gehören zusammen. Wir verteidigen die Institutionen der liberalen Demokratie gegen Angriffe von Extremisten und gegen die Unterwanderung durch autoritäre Regime; Eine funktionierende Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft.“

Rechtsextremismus wird ausschließlich im Zusammenhang mit den Grauen Wölfen genannt.

Keine Informationen zu Gemeinnützigkeitsrecht oder AfD-Verbot.

(Quelle: DBJR)

4. Junges Engagement stärken

Wie steht ihre Partei zur Einführung eines Pflichtdienstes und wie soll dieser finanziert werden? Wie stehen Sie zu den geplanten Kürzungen beim Bundesfreiwilligendienst und dem Freiwilligen Sozialen Jahr?

Antworten

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen sind klar gegen einen Pflichtdienst. Wir glauben, dass echtes Engagement nur dann entsteht, wenn es freiwillig ist. Junge Menschen sollen ermutigt werden, sich aktiv in der Gesellschaft einzubringen, aber das muss aus Überzeugung passieren. Bei den Kürzungen beim Bundesfreiwilligendienst und dem FSJ sind wir kritisch, weil das die Chancengleichheit und den sozialen Zusammenhalt gefährden würde. Diese Programme leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft.

(Quelle: Nina Wellenreuther Bundestagskandidatin)

CDU / CSU

Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für junge Menschen. Die geplanten Kürzungen beim Bundesfreiwilligendienst und beim FSJ sollten nach dem Regierungswechsel erneut geprüft und zurückgenommen werden. Auch ich als Abgeordnete habe ein Freiwilliges Soziales Jahr ermöglicht. So kann man auch junge Menschen für politische Ämter gewinnen und ihnen die Chance geben hinter die Kulissen zu schauen.

(Quelle: Melis Sekmen, Bundestagsabgeordnete)

SPD

Die SPD steht einem allgemeinen Pflichtdienst skeptisch gegenüber. Wir setzen stattdessen auf eine Stärkung der freiwilligen Dienste wie das Freiwillige Soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst. Diese beruhen auf Eigeninitiative und Engagement und leisten so einen echten Mehrwert für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung der Teilnehmenden.

Wir wollen die bestehenden Freiwilligendienste attraktiver machen, indem wir bessere finanzielle Anreize, mehr Anerkennung und flexiblere Einsatzmöglichkeiten schaffen. Derzeit gibt es vielerorts mehr Interessentinnen und Interessenten als Plätze. Wir setzen uns deswegen für eine Erhöhung der Bundesmittel ein und wollen, dass sich Länder und Kommunen stärker an der Finanzierung beteiligen. Das "Taschengeld" wollen wir so ausgestalten, dass auch Jugendliche aus einkommensärmeren

Haushalten sich für einen Freiwilligendienst entscheiden können.
(Quelle: Isabel Cademartori, Bundestagsabgeordnete)

Die Linke

Pflichtdienste lehnen wir als Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ab. Wir wollen stattdessen freiwillige Dienste wie des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) und des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) stärken. Kürzungen sind ein direkter Angriff auf das Engagement der vielen Menschen, die sich im Freiwilligen Sozialen Jahr für unsere Gemeinschaft einsetzen. Sie gefährden nicht nur wichtige soziale Angebote, sondern auch die Zukunft junger Menschen, die sich durch dieses Jahr für soziale Berufe begeistern. Wir fordern mehr finanzielle Mittel für soziale Projekte und eine stärkere Unterstützung freiwilligen Engagements sowie eine Aufstockung des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

(Quelle: Bundesgeschäftsstelle Die Linke)

FDP

Allgemeine Dienstpflicht, ein sog. Gesellschaftsjahr und verwandte Konzepte werden als schwerer Freiheitseingriff gesehen und daher entschieden abgelehnt, stattdessen soll auf attraktive und berufsvorbereitende Freiwilligendienste gesetzt werden. (Quelle: DBJR)

5. Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

Wie planen sie Kinder- und Jugendarmut zu bekämpfen? Wie stehen sie zu einer umfassenden Kindergrundsicherung?

Wie plant ihre Partei die Teilhabe von jungen Menschen am sozialen und kulturellen Leben zu sichern?

Antworten

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir setzen uns für eine umfassende Kindergrundsicherung ein, damit jedes Kind, unabhängig vom Einkommen der Eltern, eine grundlegende Unterstützung bekommt. Diese soll einfach und unbürokratisch sein. Wir fordern vor allem für sportliche und kulturelle Angebote mehr Förderung wie beispielsweise dem Kulturpass besonders in benachteiligten Regionen.

Wir brauchen intakte Sporthallen, die Möglichkeit, barrierefrei an kulturellen und sozialen Angeboten teilzunehmen und mehr konsumfreie Räume.

(Quelle: Nina Wellenreuther, Bundestagskandidatin)

CDU / CSU

Die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut ist Teil der Armutsbekämpfung insgesamt. Betroffene Kinder und Jugendliche leben in der Regel mit einkommensschwachen Eltern zusammen. Mir ist es wichtig, dass Kinder die Unterstützungsangebote direkt und unmittelbar in Form von z.B. Freizeitangeboten bekommen. Daher sollten wir die Angebote in Lebens- und Lernorte von Kindern besser ausstatten und ausbauen. Dazu gehören nicht nur Schulen oder Kitas, sondern auch Vereine und Verbände. Die Mittel müssen verstärkt in die Angebote für Kinder und Jugendliche investiert werden. Denn diese sind auch für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtig. Darüber hinaus gibt es das Teilhabepaket. Das ist leider viel zu bürokratisch sodass viele Eltern die Mittel gar nicht beantragen können. Diesen wollen wir digitalisieren, unbürokratisch und niederschwellig aufstellen.

Armut entsteht zumeist aus mangelnder Teilhabe am Arbeitsleben. An erster Stelle steht deshalb eine Wirtschaftspolitik, die nach mehr als drei Jahren Rezession wieder gut bezahlte Arbeitsplätze schafft und zugleich mehr Steuereinnahmen und mehr Sozialbeiträge generiert - was wiederum die Kassen füllt, aus denen soziale Leistungen finanziert werden können. Dann

geht es darum, die Menschen zu befähigen, dass sie die Arbeitsplätze auch nutzen können; deshalb sind Investitionen in Bildung und Ausbildung ein wesentlicher Schritt zur Armutsbekämpfung. Mehr als bisher wollen wir dabei die berufliche Bildung stärken. Ein hinreichend finanziertes Bildungswesen ist auch der wichtigste Weg, um Jugendlichen den Weg aus der Armut zu ebnen. Das Kindergeld wollen wir anheben und den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende heraufsetzen. Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie die bestmögliche Unterstützung bietet. Dabei setzen wir auf Strukturen, die Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Wir bauen psychosoziale Unterstützungsangebote aus.

(Quelle: Melis Sekmen, Bundestagsabgeordnete)

SPD

Wir setzen uns dafür ein, dass kein Kind in Deutschland in Armut aufwachsen muss. Die Einführung einer umfassenden Kindergrundsicherung ist dafür ein zentraler Baustein.

Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags haben wir bereits eine bessere Unterstützung von Familien erreicht und mit dem Startchancenprogramm an Schulen einen Meilenstein zum Ausgleich von Benachteiligungen geschafft. Im nächsten Schritt wollen wir erreichen, dass Familien mit niedrigemlohneinkommen mit einer Kombination aus Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld nicht auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind.

Mit einer zentralen Ansprechstelle soll zudem die Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessert und die (digitale) Beantragung erleichtert werden. Durch die Bündelung und Vereinfachung der bisherigen Leistungen sollen Verwaltungskosten gesenkt und die Mittel effizienter eingesetzt werden.

Zugleich bauen wir konsequent und gezielt die Infrastruktur für Bildung und Teilhabe weiter aus. Dazu gehört unter anderem die Ausweitung der Frühen Hilfen ebenso wie flächendeckend gute Kitas und ein Startchancenprogramm für die Kitas in benachteiligten Lagen, der Ausbau von Familienzentren, der schrittweise Ausbau des Startchancenprogramms an Schulen, gute Ganztagsangebote für Schulkinder, ein gesundes und kostenloses Mittagessen an allen Kitas und Schulen sowie Mobilität für Kinder und Jugendliche. Das sind für uns weitere wichtige Schritte im Sinne unserer Kindergrundsicherung.

(Quelle: Isabel Cademartori, Bundestagsabgeordnete)

Die Linke

Die Linke fordert die Einführung einer Kindergrundsicherung, die aus vier Säulen besteht: Kindergeld für alle Kinder (350 Euro monatlich), Kinderzuschlag für Kinder in Armut (bis zu 379 Euro monatlich), tatsächliche Unterkunftskosten und einmalige sowie besondere Bedarfe. Zur Sicherung der Teilhabe fordern wir, dass Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere Einrichtungen niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein müssen.

(Quelle: Bundesgeschäftsstelle Die Linke)

FDP

Keine expliziten Äußerungen zum Thema Kinder- und Jugendarmut sowie zur Kindergrundsicherung.

Aber: Familien und Alleinerziehende sollen starker entlastet werden, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessert werden soll.

6. Gesellschaftliche Vielfalt stärken

Welche Maßnahmen plant ihre Partei, um die Träger der Kinder- und Jugendhilfe dabei zu unterstützen für alle jungen Menschen zugänglicher zu werden?

Antworten

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir setzen uns für mehr gesellschaftliche Vielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe ein. Dazu gehört ein Programm, das über zehn Jahre hinweg kommunale Strukturen fördert und gezielt unterstützt. Wir wollen den Zugang zu Jugendparlamenten und anderen Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen verbessern. Dazu wollen wir Diversitätskompetenzen bei Fachkräften stärken, Programme fördern, die sich an marginalisierte Gruppen richten, und den Abbau von Barrieren – sowohl physisch als auch strukturell – in Angriff nehmen. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe müssen kostenfrei oder stark bezuschusst sein, um finanzielle Hürden abzubauen.

(Quelle: Nina Wellenreuther, Bundestagskandidatin)

CDU / CSU

Was die staatlichen Transferleistungen für Kinder und Jugendliche angeht, so wollen wir ein übergreifendes digitales Portal einrichten, damit Kinder, Jugendliche und Familien die ihnen zustehenden Leistungen einfach und bürokratisch erhalten können. Wir setzen uns für eine bessere Vernetzung bestehender Strukturen ein.

(Quelle: Melis Sekmen, Bundestagsabgeordnete)

SPD

Als SPD wollen wir die Frühen Hilfen für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten. Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsleistungen wollen wir überwinden und die Angebote zusammenführen, vor allem in Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien erreichen.

Die SPD setzt sich dafür ein, die Kinder- und Jugendhilfe so zu gestalten, dass sie wirklich alle jungen Menschen erreicht. Dafür fordern wir mehr Anlaufstellen direkt in den Stadtteilen, bessere Angebote für junge Menschen mit Behinderungen und mit Migrations- oder Fluchthintergrund und mehr digitale Angebote bei der Kinder- und Jugendhilfe. Durch eine engere

Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendverbänden und anderen sozialen Einrichtungen wollen wir sicherstellen, dass junge Menschen frühzeitig erreicht und in ihrer Lebenswelt abgeholt werden.

(Quelle: Isabel Cademartori, Bundestagsabgeordnete)

Die Linke

Die genannten Maßnahmen sind unter anderem die Barrierefreiheit umfassend herzustellen und Bildung inklusiv zu gestalten.

(Quelle: DBJR)

FDP

UN-Behindertenrechtskonvention: u.a. Für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben; Stärkerer Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung; inklusives Bildungssystem; Praxisnahe Forderung und Arbeitsvermittlung.

Inklusives SGB VIII: Keine Informationen (Quelle: DBJR)

7. Ganztagsschulanspruch

Wie wollen Sie das Ganztagsschulfördergesetz mit finanziellen Mitteln hinterlegen, damit dieses sinnvoll vor Ort umgesetzt werden kann?

Antworten

Bündnis 90 / Die Grünen

Schule soll ein Ort sein, an dem sich alle wohlfühlen können. Dafür braucht es ein gutes Bildungsprogramm, das auch Vereine in das Ganztagsschulangebot einbindet. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung des Ganztagsschulanspruchs über den bisherigen Rahmen hinausgeht, besonders um benachteiligte Kinder zu fördern. Ein „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ soll dafür sorgen, dass Schulen modernisiert, barrierefrei und digital ausgestattet werden und ganztägige Bildungsangebote ausgebaut werden.

(Quelle: Nina Wellenreuther, Bundestagskandidatin)

CDU / CSU

Die beschlossene Unterstützung des Ausbaus der kommunalen Bildungsinfrastruktur durch den Bund werden wir fortsetzen und bei Bedarf verstärken. Bei den Betriebskosten sind die Länder mit jährlich steigenden Beträgen zu entlasten.

(Quelle: Melis Sekmen, Bundestagsabgeordnete)

SPD

Es braucht eine verlässliche und gerechte Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um die finanzielle Last zu verteilen und Planungssicherheit zu gewährleisten. Wir wollen sicherstellen, dass die Gelder flexibel und bedarfsgerecht vor Ort eingesetzt werden können, damit auf die spezifischen Anforderungen der Schulen und Gemeinden eingegangen werden kann.

Neben den Bau- und Infrastrukturkosten müssen Mittel für qualifiziertes Personal, Fortbildungen und pädagogische Materialien bereitgestellt werden, um qualitativ hochwertige Bildungsangebote zu ermöglichen.

(Quelle: Isabel Cademartori, Bundestagsabgeordnete)

Die Linke

Förderbedarf oder sozialen Umständen gemeinsam lernen und wachsen können. Wir fordern multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und medizinischem Fachpersonal, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen gerecht zu werden. Die Linke setzt sich ebenfalls für eine Gemeinschaftsschule ein, die ganztägig organisiert ist und alle Schulabschlüsse anbietet. Lernen und Aufgaben sollten in der Schule stattfinden, das ist auch ein effektiver Schritt gegen soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Hierfür braucht es aber auch endlich eine angemessene Finanzierung. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die in die Länderhaushalte fließt. Bis dahin fordern wir vom Bund ein 100- Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Sanierung, Modernisierung und Unterstützung von Bildungseinrichtungen, um die desolaten Zustände dort schnell zu beheben.

(Quelle Bundesgeschäftsstelle Die Linke)

FDP

Keine Antwort.